

Die «Monatsbriefe» (vormals «Briefe gegen das Vergessen») sind Briefaktionen im Rahmen der «Urgent Actions». Für das Abo der Monatsbriefe wählen wir monatlich jeweils zwei Aktionen aus, für die ein Versand per Post an die Zielperson möglich ist und die Frist zum Mitmachen i.d.R. mindestens zwei Monate beträgt.

UGANDA: BRIEFAKTION FÜR ERON KIIZA

MILITÄRGERICHT VERURTEILT MENSCHENRECHTSANWALT

Am 7. Januar 2025 wurde der Menschenrechtsanwalt Eron Kiiza von Soldaten daran gehindert, an der Anhörung seines Mandanten, des Oppositionspolitikers Dr. Kizza Besigye, vor einem Militärgericht teilzunehmen. Als er lautstark dagegen protestierte, griffen sie ihn tätlich an und manövierten ihn aus dem Militärgerichtsgebäude. Noch am selben Tag wurde er nach einem unfairen Verfahren wegen «Missachtung des Gerichts» zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die ugandischen Behörden müssen die Praxis beenden, Zivilpersonen vor Militärgerichte zu stellen. Rechtsbeistände dürfen nicht aufgrund ihrer Arbeit ins Visier genommen werden, und Eron Kiiza muss unverzüglich freigelassen werden.

Eron Kiiza hat sich in der Vergangenheit öffentlich dagegen ausgesprochen, Zivilpersonen vor Militärgerichte zu stellen, da die Praxis verfassungswidrig ist und früheren Gerichtsurteilen in Uganda zuwiderläuft. Im Juli 2021 entschieden sowohl der Oberste Gerichtshof als auch das Verfassungsgericht, dass Zivilpersonen laut Verfassung nicht vor Militärgerichte gestellt werden dürfen und dass sich die Zuständigkeit der Militärgerichte auf Strafverfahren gegen Angehörige des Militärs in Fällen von militärischer Pflichtverletzung beschränken sollte.

Eron Kiiza ist ein ugandischer Menschenrechtsanwalt und Umweltschützer. Er hat die Anwaltskanzlei Kiiza & Mugisha Advocates mitbegründet und leitet die NGO Environment Shield Limited, die im Bereich soziale Gerechtigkeit zu Klima, natürlichen Ressourcen und Umweltgerechtigkeit arbeitet. Er war einer der Rechtsbeistände für den Oppositionspolitiker Dr. Kizza Besigye, der im November 2024 in der kenianischen Hauptstadt Nairobi entführt wurde.

Eron Kiiza hat kein faires Gerichtsverfahren erhalten, da er ohne Verlesung der Anklage und ohne Rechtsbeistand schuldig gesprochen und verurteilt wurde und sich daher nicht angemessen gegen die Vorwürfe verteidigen konnte.

Eron Kiiza ist geschwächt und hat seit seiner Inhaftierung erheblich an Gewicht verloren.

Amnesty International ist der Ansicht, dass die Verurteilung und Inhaftierung von Eron Kiiza lediglich auf der Ausübung seiner Berufstätigkeit und der friedlichen Wahrnehmung seiner Menschenrechte basiert.

📣 Setzen Sie sich für Eron Kiiza ein – Unser Aktionsvorschlag:

- ✉ Senden Sie einen höflich formulierten **Brief per Post an den Präsidenten von Uganda**.
 - Appellieren, dass Eron Kiiza umgehend freizulassen ist, da er sich lediglich wegen der Ausübung seiner Berufstätigkeit und der friedlichen Wahrnehmung seiner Menschenrechte in Haft befindet.
 - Forderung einer unverzüglichen unparteiischen und zielführenden Untersuchung der tätlichen Übergriffe gegen Eron Kiiza und die von ihm erhobenen Folter- und Misshandlungsvorwürfe.
 - Die Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht stellen, in denen nicht auf die Todesstrafe zurückgegriffen wird.
- Schreiben Sie in Ihren eigenen Worten oder verwenden Sie den **Modellbrief auf der nächsten Seite**.
- Bevorzugte Sprache(n): Englisch oder in Ihrer eigenen Sprache.
- Senden Sie den Brief **per Post** (oder per E-Mail oder X/Twitter).

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

President Yoweri Kaguta Museveni
Parliament of Uganda
Parliament Avenue
Kampala
Uganda

E-Mail: info@statehouse.go.ug
Kopie an: press@statehouse.go.ug

Twitter/X: @kagutamuseveni

Porto: CHF 2.50

Anrede: Sehr geehrter Herr Präsident / Dear President Museveni,

KOPIE AN

Ambassade de la République de l'Ouganda
Rue Vermont 37, 3ème étage
1202 Genève

Fax: 022 340 70 30

E-mail: chancery@ugandamission.ch

Twitter/X: twitter.com/geneva_uganda

Facebook: facebook.com/uganda.geneva

Porto Schweiz



Online zudem:

- **Modellbrief in Englisch**
- Weitere **Hintergrundinformationen**
- Zusätzliche Adressen und Aktionsmöglichkeiten in den **Sozialen Medien**

Link: <https://www.amnesty.ch/de/mitmachen/briefe-schreiben/urgent-actions/liste/2025/ua-009-25-uganda>

Alternativ können Sie auf [amnesty.ch](https://www.amnesty.ch) im Suchfeld  auch **die Nummer oben rechts** eingeben, den **Titel dieser Aktion** oder den **Namen der Person**.

President Yoweri Kaguta Museveni
Parliament of Uganda
Parliament Avenue
Kampala
Uganda

Sehr geehrter Herr Präsident

Am 7. Januar 2025 wurde der Menschenrechtsanwalt Eron Kiiza von Soldaten daran gehindert, den Bereich des Militärgerichts zu betreten, in dem er als Verteidiger seines Mandanten Dr. Kizza Besigye an einer Anhörung teilnehmen wollte. Eron Kiiza protestierte durch lautes Rufen und Hämmern an die Tür. Daraufhin wurde er von Soldaten mit Schlägen ins Gesicht, auf den Kopf und den Körper traktiert, bevor sie ihn aus dem Gerichtsgebäude manövierten. Sie nahmen ihn fest und setzten ihn neben seinen Mandanten auf die Anklagebank. Nur wenige Stunden später verurteilte ihn das Militärgericht ohne Verlesung der Anklage oder Anhörung von Zeug*innen wegen «Missachtung des Gerichts» zu neun Monaten Haft. Eron Kiiza ist seither im Kitalya-Gefängnis inhaftiert.

Eron Kiiza hat sich in der Vergangenheit öffentlich dagegen ausgesprochen, Zivilpersonen vor Militärgerichte zu stellen, da die Praxis verfassungswidrig ist und früheren Gerichtsurteilen in Uganda zuwiderläuft. Im Juli 2021 entschieden sowohl der Oberste Gerichtshof als auch das Verfassungsgericht, dass Zivilpersonen laut Verfassung nicht vor Militärgerichte gestellt werden dürfen und dass sich die Zuständigkeit der Militärgerichte auf Strafverfahren gegen Angehörige des Militärs in Fällen von militärischer Pflichtverletzung beschränken sollte.

Ich appelliere an Sie, Eron Kiiza umgehend freizulassen, da er sich lediglich wegen der Ausübung seiner Berufstätigkeit und der friedlichen Wahrnehmung seiner Menschenrechte in Haft befindet.

Leiten Sie zudem unverzüglich eine unparteiische und zielführende Untersuchung der tätlichen Übergriffe gegen Eron Kiiza und die von ihm erhobenen Folter- und Misshandlungsvorwürfe ein.

Stellen Sie die Verantwortlichen bitte in fairen Verfahren vor Gericht, in denen nicht auf die Todesstrafe zurückgegriffen wird.

Hochachtungsvoll,

Kopie

Ambassade de la République de l'Ouganda, Rue Vermont 37, 3ème étage, 1202 Genève
Fax: 022 340 70 30, E-mail: chancery@ugandamission.ch / Twitter/X: twitter.com/geneva_uganda / FB: facebook.com/uganda.geneva/

Die «Monatsbriefe» (vormals «Briefe gegen das Vergessen») sind Briefaktionen im Rahmen der «Urgent Actions». Für das Abo der Monatsbriefe wählen wir monatlich jeweils zwei Aktionen aus, für die ein Versand per Post an die Zielperson möglich ist und die Frist zum Mitmachen i.d.R. mindestens zwei Monate beträgt.

ÄGYPTEN: BRIEFAKTION FÜR IBRAHIM METWALY

MENSCHENRECHTSANWALT UNRECHTMÄSSIG INHAFTIERT UND ANGEKLAGT

Der Menschenrechtsanwalt Ibrahim Metwaly ist seit dem 10. September 2017 willkürlich inhaftiert. Der Mitbegründer der Organisation *Families of the Disappeared in Egypt* wurde am Internationalen Flughafen Kairo von Sicherheitskräften festgenommen. Er war auf dem Weg nach Genf, um dort auf Einladung der UN-Arbeitsgruppe zur Frage des Verschwindenlassens über das Problem des Verschwindenlassens in Ägypten zu sprechen. Er wird im Badr-3-Gefängnis festgehalten, wo ihm dringend benötigte medizinische Versorgung verweigert wird. Er muss sofort und bedingungslos freigelassen werden, da er ausschliesslich deshalb festgehalten wird, weil er seine Menschenrechte wahrnimmt, darunter die Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit für seinen gewaltsam verschwundenen Sohn.

Nach seiner Festnahme wurde Ibrahim Metwaly zwei Tage lang ohne Kontakt zur Aussenwelt festgehalten und dann der Staatsanwaltschaft der Staatssicherheit (SSSP) vorgeführt. In dieser Zeit wurde er gefoltert oder anderweitig misshandelt.

Das SSSP eröffnete zwei neue Strafverfahren gegen ihn, mit ähnlichen Anklagen. Diese als «Rotation» bezeichnete missbräuchliche Praxis wird von den Behörden systematisch gegen Kritiker*innen eingesetzt, um sie auf unbestimmte Zeit in Untersuchungshaft zu halten. Dieses Vorgehen verstösst gegen ägyptisches Recht. Im September und Oktober 2024 stellten die ägyptischen Behörden Ibrahim Metwaly vor Gericht.

Seine Rechtsbeistände haben bisher keinen Zugang zu seinen Akten erhalten, und es wurden noch keine Verhandlungstermine angesetzt.

Am 15. Januar 2025 gab die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen eine Erklärung ab. In ihrer Erklärung wies sie auf die lange willkürliche Inhaftierung von Ibrahim Metwaly und die Verweigerung einer angemessenen medizinischen Versorgung durch die ägyptischen Behörden hin.

Ibrahim Metwaly ist Anwalt und Mitbegründer der Organisation *Families of the Disappeared in Egypt*. Er hatte die Gruppe gegründet, weil sein Sohn Amr am 8. Juli 2013 Opfer des Verschwindenlassens wurde. Ibrahim Metwaly erfolglos nach seinem Sohn. Die ägyptischen Sicherheitskräfte leugneten jegliche Kenntnis über seinen Verbleib. Amr ist noch immer «verschwunden», aber seine Familie hat nach der Festnahme von Ibrahim Metwaly aus Angst vor weiteren Repressalien aufgehört, nach ihm zu suchen.

Setzen Sie sich für Ibrahim Metwaly ein – Unser Aktionsvorschlag:

-  Senden Sie einen höflich formulierten **Brief per Post an den Staatsanwalt**.
Forderungen: Die unverzügliche und bedingungslose Freilassung von Ibrahim Metwaly, da er nur deshalb inhaftiert ist, weil er friedlich seine Menschenrechte ausgeübt hat. Bis zu seiner Freilassung muss er unter Bedingungen festgehalten werden, die den internationalen Standards für die Behandlung von Gefangenen entsprechen, inklusive Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung, erforderlichenfalls auch in Krankenhäusern ausserhalb des Gefängnisses, sowie Zugang zu seiner Familie und seinen Rechtsbeiständen.

- Schreiben Sie in Ihren eigenen Worten oder verwenden Sie den **Modellbrief auf der nächsten Seite**.
- Bevorzugte Sprache(n): Aabisch, Englisch oder in Ihrer eigenen Sprache.
- Senden Sie den Brief **per Post** (oder per Fax, X/Twitter).

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

Public Prosecutor, Mohamed Shawky Ayyad
Office of the Public Prosecutor
Madinat al-Rehab, Cairo, Arab Republic of Egypt

Fax: +202 2577 4716

X/Twitter: @EgyptianPPO

Facebook: <https://www.facebook.com/ppo.gov.eg>

Porto: CHF 2.50

Anrede: Sehr geehrter Herr Staatsanwalt / Dear Counsellor,

KOPIE AN

Botschaft der Arabischen Republik Ägypten
Elfenauweg 61
3006 Bern

Fax: 031 352 06 25

E-Mail: eg.emb.bern@gmail.com

FB: <https://www.facebook.com/eg.bern.embassy/>

Porto Schweiz

Online zudem:

- **Modellbrief in Englisch**
- Weitere **Hintergrundinformationen**
- Zusätzliche Adressen und Aktionsmöglichkeiten in den **Sozialen Medien**

Link: <https://www.amnesty.ch/de/mitmachen/briefe-schreiben/urgent-actions/liste/2023/ua-080-23-aegypten>

Alternativ können Sie auf [amnesty.ch](https://www.amnesty.ch) im Suchfeld  auch die **Nummer oben rechts** eingeben, den **Titel dieser Aktion** oder den **Namen der Person**.

Public Prosecutor
Mohamed Shawky Ayyad
Office of the Public Prosecutor
Madinat al-Rehab
Cairo
Arab Republic of Egypt

— Sehr geehrter Herr Staatsanwalt

Der Menschenrechtsanwalt Ibrahim Metwaly ist seit dem 10. September 2017 willkürlich inhaftiert. Der Mitbegründer der Organisation *Families of the Disappeared in Egypt* wurde am Internationalen Flughafen Kairo von Sicherheitskräften festgenommen. Er war auf dem Weg nach Genf, um dort auf Einladung der UN-Arbeitsgruppe zur Frage des Verschwindenlassens über das Problem des Verschwindenlassens in Ägypten zu sprechen. Nach seiner Festnahme wurde er zwei Tage lang ohne Kontakt zur Aussenwelt festgehalten und dann der Staatsanwaltschaft der Staatssicherheit (SSSP) vorgeführt. In dieser Zeit wurde er gefoltert oder anderweitig misshandelt. Seinen Rechtsbeiständen berichtete er, dass Beamt*innen der Nationalen Sicherheitsbehörde (NSA) ihn vollständig entkleidet, ihm an verschiedenen Stellen seines Körpers Elektroschocks versetzt, ihn mit Wasser übergossen und geschlagen hätten.

— Ibrahim Metwaly wurde zunächst in Untersuchungshaft gehalten, während die Ermittlungen wegen des Vorwurfs der Kommunikation mit «ausländischen Stellen» und der Verbreitung von «Falschnachrichten» unter dem Aktenzeichen 900 aus dem Jahr 2017 liefen. Das SSSP eröffnete zwei neue Strafverfahren gegen ihn, nämlich die Fälle Nr. 1470 im Jahr 2019 und Nr. 786 im Jahr 2020, mit ähnlichen Anklagen. Diese als «Rotation» bezeichnete missbräuchliche Praxis wird von den Behörden systematisch gegen Kritiker*innen eingesetzt, um sie auf unbestimmte Zeit in Untersuchungshaft zu halten. Dieses Vorgehen verstösst gegen ägyptisches Recht, das eine Höchstdauer von zwei Jahren für die Untersuchungshaft vorsieht. Im September und Oktober 2024 stellten die ägyptischen Behörden Ibrahim Metwaly in den Fällen Nr. 900 und Nr. 1470 unter anderem wegen «Beitritts zu einer Gruppe, die unter Verstoß gegen das Gesetz gegründet wurde, und Begehung des Verbrechens der Terrorismusfinanzierung» vor Gericht. Seine Rechtsbeistände haben bisher keinen Zugang zu seinen Akten erhalten, und es wurden noch keine Verhandlungstermine angesetzt.

— Im Juni 2022 wurde Ibrahim Metwaly nach fünf Jahren im Tora-Gefängnis ins Badr-Gefängnis verlegt, wo er sich nach wie vor befindet. Ibrahim Metwaly leidet an mehreren gesundheitlichen Problemen, darunter eine vergrösserte Prostata, die laut Fachmediziner*innen dringend operiert werden muss. Am 4. Dezember 2024 beantragte seine Familie beim SSSP die Genehmigung für seine Verlegung in eine Fachklinik ausserhalb des Gefängnisses, um sich einer dringenden Prostataoperation zu unterziehen. Der Antrag der Familie blieb jedoch unbeantwortet.

Ich bitte Sie hiermit, Ibrahim Metwaly unverzüglich und bedingungslos freizulassen, da er nur deshalb inhaftiert ist, weil er friedlich seine Menschenrechte ausgeübt hat.

Sorgen Sie bitte dafür, dass er bis zu seiner Freilassung unter Bedingungen festgehalten wird, die den internationalen Standards für die Behandlung von Gefangenen entsprechen, und dass er Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung erhält, erforderlichenfalls auch in Krankenhäusern ausserhalb des Gefängnisses, sowie Zugang zu seiner Familie und seinen Rechtsbeiständen.

Hochachtungsvoll,

Kopie

Botschaft der Arabischen Republik Ägypten, Elfenauweg 61, 3006 Bern
Fax: 031 352 06 25 / E-Mail: eg.emb.bern@gmail.com ; (embassy.bern@mfa.gov.eg) / FB: eg.bern.embassy